

## Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Rothfuß, Thomas Dietz, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

### Sanktionen beenden – Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und China ratifizieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Volksrepublik China ist von 2015 bis 2022 Deutschlands wichtigster Handelspartner gewesen, mit einem gesamten Handelsvolumen von beinahe 300 Mrd. Euro im Jahre 2022, wobei dieses gerade in den letzten Jahren stetig wuchs.<sup>1</sup> Gegenseitige Investitionen im Wirtschaftsraum des Handelspartners sind ein wichtiger Teil intensiver Handelsbeziehungen sowie der damit einhergehende Rechtsschutz dieser Investitionen durch gemeinsame Regelwerke. Investitionsschutzabkommen fördern daher durch eine erhöhte Rechtssicherheit, gegenseitige Investitionen und somit auch den Handel.

Die EU verabschiedete zusammen mit China 2013 die „EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation“, in der beide Seiten erstmals die Zielsetzung eines gemeinsamen Investitionsschutzabkommens vereinbarten.<sup>2</sup> Die 2016 und 2019 von der EU-Kommission erarbeiteten Strategiepapire zu China vertieften dieses Anliegen und forderten einen zeitnahen Abschluss eines EU-Investitionsschutzabkommens.<sup>3</sup> Das avisierte Abkommen, namens „Comprehensive Agreement on Investment“ – CAI, wurde seit 2013 in einem kontinuierlichen Prozess zwischen China und der EU verhandelt. Am 30.12.2020 einigten sich der Europäische Rat und die Volksrepublik auf den Abschluss des Abkommens, wobei der aktiven Rolle des deutschen Ratsvorsitz hier eine besondere Bedeutung zukam, was auch das besondere wirtschaftliche Interesse Deutschlands an verlässlichen Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China unterstreicht. Das Abkommen würde eine Reihe von konkreten Verbesserungen für EU-Unternehmen in China schaffen. Obwohl einige Benachteiligungen von EU-Unternehmen bestehen blieben, wäre CAI daher wirtschaftlich und außenpolitisch ein Schritt in die richtige Richtung, was durch die diversen Bekundungen der EU und vieler Verbände bis 2020 auch kontinuierlich argumentativ bestärkt wurde.

<sup>1</sup> Statista: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73860/umfrage/deutschland-import-exporthandel-mit-china-seit-2006/>

<sup>2</sup> EU-Kommission: <https://www.ecas.europa.eu/sites/default/files/20131123.pdf>

<sup>3</sup> Rothfuß, Rainer: „Europa am Kipppunkt - China und die Neuordnung globaler Geopolitik – Europas strategische Positionierung in Eurasien“, 2022, S. 129-131, Studie für die ID-Fraktion im Europäischen Parlament: [https://www.joachimkuhs.de/wp-content/uploads/2023/01/China-Geopolitik-Studie\\_Europam-Kipppunkt-Rothfuss.pdf](https://www.joachimkuhs.de/wp-content/uploads/2023/01/China-Geopolitik-Studie_Europam-Kipppunkt-Rothfuss.pdf)

Der Ratifizierungsprozess von CAI kam allerdings 2021 ins Stocken, nachdem die USA ihre Bedenken äußerten. Dabei wurden offiziell Argumente zu den Uiguren und Zwangsarbeit angeführt und die USA kritisierten eine Nichtberücksichtigung von US-Anliegen bei der Verhandlung des Abkommens.<sup>4,5</sup> Allerdings berücksichtigte auch die USA die WTO- oder EU-Anliegen nicht in dem Abschluss des „Phase-1“-Handelsabkommens zwischen den USA und China, welches unter Präsident Trump ausgehandelt worden war.<sup>6</sup> In der zeitlichen Folge der zuvor genannten US-Einwände zu CAI, begann ein verstärktes Augenmerk der EU auf die Uiguren-Frage und einseitige Sanktionen der EU gegenüber China auf Basis dieser Causa, was wiederum Gegensektionen Chinas auslöste. Gleichzeitig hatte die Uiguren-Problematik augenscheinlich keinerlei Einfluss auf den Willen der US-Regierung, ihr Phase-1-Handelsabkommen mit China, welches im Wesentlichen eine handelsrechtlich fragwürdige (WTO) Bevorteilung von US-Gütern und Dienstleistungen im chinesischen Import-Portfolio anstrebte, zu haben.<sup>7</sup>

Das EU-Parlament verabschiedete im September 2021 eine neue China-Strategie, die den Ratifizierungsprozess von CAI auf unbestimmte Zeit gestoppt hat. Dabei wird die eher realpolitisch, konstruktive Haltung der EU-Kommission gegenüber China beendet und eine Systemrivalität zu China ausgerufen, welche einen Schulterschuss mit „gleichgesinnten Partnern“, implizit gegen China gerichtet, fordert, auch um die „Fähigkeiten der EU zur Verwirklichung des Ziels der globalen Führungsmacht [zu] stärken“. Dies wird durch eine plötzlich sehr negative Darstellung Chinas in diversen Punkten unterstrichen. Dieser eigenwillige und selbstgerechte Hundertachtzig-Grad-Schwenk der EU-China-Politik ist mindestens suspekt – insbesondere in Hinblick auf Umstände und Zeitpunkt.<sup>8</sup> Es gibt eine Reihe von Anzeichen, welche dafürsprechen, dass die USA hinter der abrupten Blockade des CAI-Abkommens der EU stehen könnten, da die USA durch das Abkommen der wirtschaftlich und geopolitisch Geschädigte wären und es sich bei der auslösenden Uiguren-Frage und der folgenden Sanktionsspirale, um ein zumindest in Teilen vorgeschobenes Scheinargument handelt.<sup>9</sup>

Erschwerend kommen die Änderungen im deutschen Außenwirtschaftsgesetz (AWG) hinzu, welche in der letzten Legislaturperiode verabschiedet wurden. Diese schufen durch einen neu geschaffenen komplexen und teils intransparenten Zustimmungsprozess mehrerer Ministerien bei ausländischen Direktinvestitionen ein unklares und undurchsichtiges Genehmigungs-Regime, welches wiederum insbesondere auch Investitionen aus China abschreckt.<sup>10</sup>

Die sich momentan rapide verschlechternde wirtschaftliche Situation Deutschlands, die bereits international mit dem Terminus „der kranke Mann Europas“ umschrieben wird, könnte durch eine verstärkte Ankurbelung der Auslandsnachfrage in Deutschland sowie erhöhten ausländischen Direktinvestitionen aus China verbessert werden.<sup>11</sup> Im Sinne deutscher Ziele sowie jener der EU, bestünde daher ein entschiedenes Interesse an einem verstärkten Außenhandel mit China sowie besseren Absatzbedingungen. Deutschland ist eine Handelsnation, die ihren

<sup>4</sup> ICC Germany: <https://www.iccgermany.de/magazin-post/eu-china-comprehensive-agreement-on-investment/>

<sup>5</sup> CSIS – Center for Strategic & International Studies: <https://www.csis.org/analysis/rise-and-demise-eu-china-investment-agreement-takeaways-future-german-debate-china>

<sup>6</sup> IfW Kiel: <https://www.ifw-kiel.de/publications/the-us-china-trade-deal-how-the-eu-and-wto-lose-from-managed-trade-22070/>

<sup>7</sup> Investment Plattform China/Deutschland: <https://www.investmentplattformchina.de/eu-stoppt-cai-ratifizierung/>

<sup>8</sup> Europäisches Parlament: Eine neue China-Strategie der EU: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. September 2021 zu einer neuen China-Strategie der EU (2021/2037(INI)), P9\_TA(2021)0382, Brüssel: EP

<sup>9</sup> Siehe Begründungsteil

<sup>10</sup> ICC Germany: <https://www.iccgermany.de/magazin-post/aussenwirtschaftsgesetz/>

<sup>11</sup> The Economist: <https://www.economist.com/leaders/2023/08/17/is-germany-once-again-the-sick-man-of-europe>

Wohlstand im Wesentlichen auf Basis von freiem Handel und dem Mehrwert seiner realwirtschaftlichen Güter erzielte. Das Abkommen dient deutschen Unternehmen im Sinne von Reziprozität und Chancengleichheit: China gewährt europäischen Unternehmen in deutlich größerem Umfang Zugang als bisher, weswegen auch die EU-Kommission den Abschluss von CAI stets stark beförderte. Zudem ist die EU auf dem Fundament von internem Freihandel sowie der Förderung externer Handelsvorteile durch gemeinsam projizierte Stärke und Ziele entstanden. Letzteres könnte momentan, auch durch die CAI-Blockade, über eine oft einseitig an den Interessen der USA ausgerichtete Sanktions- und Handelspolitik weiter unterminiert werden. Verstärkt wird diese handelspolitische Selbstgeißelung der EU durch einen erzwungenen „moralischen Werteexport“ im Rahmen von Handelsabkommen oder den neuen und realitätsfernen Lieferkettensorgfaltsanforderungen (ESG-Konformität).<sup>12</sup> Hinzu kommt, dass kaum mehr Drittstaaten bereit sein könnten, sich ideologische Vorstellungen über Klima- und Naturschutz, soziale Standards oder Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Handelsabkommen vorschreiben zu lassen. Die Vielzahl, der seit Jahren auf Eis liegenden Handelsabkommen, macht das Scheitern der EU und der nationalen linken Ideologie-Politik offenkundig.<sup>13</sup> Es sind bisher keine Bemühungen von der Bundesregierung oder der EU zu erkennen, den aktuell abträglichen außenpolitischen Stillstand zur Beendigung des gegenseitigen Sanktionsregimes zwischen EU und China mit einem ersten Schritt zu verlassen oder den CAI-Ratifizierungsprozess bilateral wieder in Gang zu bringen. Damit beschädigt die EU mittlerweile in Summe entschieden ihr eigenes Fundament, auf dem sie einst errichtet wurde. Dies wurde ebenso bereits durch die selbstschädigende Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland und die aktuellen Primärenergieträgerimporte sehr evident.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. grundlegend eine Außen- und Handelspolitik auf EU- und Bundesebene gegenüber China zu fördern, welche den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Deutschlands zugutekommt, einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten zu vermeiden und die Lieferketten zu diversifizieren;
2. in bilateralen Regierungsverhandlungen mit China auf eine Aufhebung des gegenseitigen Sanktionsregimes unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hinzuwirken;
3. und im Falle einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu CAI auf wirtschaftsfremde Forderungen zu verzichten und stattdessen den Fokus auf den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und Marktzutrittsbarrieren sowie besseren Investitionsschutz zu legen.

Berlin, den 4. November 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

<sup>12</sup> Beispiel: Lieferkettensorgfaltsgesetz oder die EU-Lieferkettensorgfalts-Richtlinie der EU (CSDDD)

<sup>13</sup> Handelsblatt: <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-eu-handelspolitik-runter-vom-hohen-ross-/29472010.html>

## Begründung

Die Indizien, dass die USA für die CAI-Blockade durch die EU mitverantwortlich sein könnten, fügen sich aus mehreren Aspekten zusammen.

Erstens ist das wirtschaftliche Interesse der EU, insbesondere Deutschlands als Exportnation, an einem Investitionsschutzabkommen mit China sowie ordentlichen Handelsbeziehungen nach wie vor gegeben – gerade in Hinblick auf die einsetzende Rezession in Deutschland. Eine relative Verschlechterung der Handelsbeziehungen oder -volumina zwischen der Volksrepublik und der EU – im Vergleich zu USA und der EU – ist nicht zum Vorteil der EU oder Deutschlands, aber war ein handelspolitischer Kerngedanke der USA hinter TAFTA/TTIP gewesen.<sup>14</sup> Die besondere Rolle und der Elan des deutschen EU-Ratsvorsitzes 2020 in den abschließenden Verhandlungen unterstreicht ebenso diese deutsche Interessenlage.

Zweitens scheinen die USA momentan ein sehr verstärktes Interesse zu haben, China, Russland und die BRICS-Staaten im Allgemeinen zu isolieren, ob wirtschaftlich, militärisch oder geopolitisch. Hierfür würde die EU aus historischen, geld- und wirtschaftspolitischen Gründen die Rolle eines US-Satelliten zukommen, welche durch die zunehmende Ignoranz von BRICS-Staaten gegenüber EU-Vertretern als auch durch einen zunehmend aggressiveren Ton der EU sowie ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen evident wird. Dieses geopolitische Interesse der USA gründet, neben dem Ukraine-Krieg, auch auf die geld- und handelspolitischen Ziele der BRICS, ein vom Dollar unabhängiges, unter Umständen rohstoffgedecktes, internationales Zahlungssystem unabhängig vom US-Dollar für den Handel zu installieren. Ein solches ggf. gedecktes Handelstransaktions-System würde mit westlichen Fiat-Währungen international konkurrieren und diese unattraktiver für Zahlungsabwicklungen im Handel mit nicht-westlichen Staaten machen. In Folge verlöre der Westen, insbesondere die USA, ihre wirtschaftliche Vormachtstellung auf Basis der Dominanz des Dollars im internationalen Handel.<sup>15</sup> Militärisch werden diese geopolitischen und geldpolitischen Vorhaben durch ein doppeltes Spiel zur „One-China-Policy“ unterstrichen. Während die USA eine eventuelle Vereinigung der Volksrepublik China mit National-China (Taiwan) also offiziell bejaht, legen die militärischen Hilfen sowie diverse außenpolitischen Gepflogenheiten der USA bei Taiwan-Besuchen eine faktische Unterminierung der „One-China-Policy“ nahe.<sup>16</sup> Eine ähnlich offensive Haltung nimmt die USA gegen die „Belt&Road-Initiative“ Chinas ein, die auf vielerlei Art behindert wird.

Die Situation der EU und Deutschlands verschlimmert sich zudem durch eine absehbare Neigung des sogenannten „Globalen Südens“ sich der multipolaren Ordnung und dem BRICS-System anzuschließen. Letztendlich könnte sich aktuell eine beschleunigende Blockbildung zwischen dem „Westen“ auf der einen Seite und den „BRICS-Staaten“ samt „Globalem Süden“ auf der anderen Seite abzeichnen, in welcher die EU und Deutschland hineingezogen werden. Die EU wird in Folge zum Spielball eines verzweifelten „geopolitischen Mauerbaus“ der USA und dadurch in einen möglicherweise dysfunktionalen Westblock hineingezogen. Die Dysfunktionalität bestünde vorwiegend in einem inhärenten Rohstoffmangel dieser „Westblock“-Staaten und ihrer notwendigen Abschottung, bzw. der wachsenden handelswirtschaftlichen Unattraktivität ihrer Fiat-Geldsysteme – mit oder ohne digitaler Zentralbankwährung – gegenüber einem rohstoffgedeckten internationalen Handelsbezahlsystemen der „BRICS“ und des „globalen Südens“. In Folge könnten somit fortschreitende handelswirtschaftliche Isolation gegenüber großen Teilen der Weltbevölkerung und ein struktureller Rohstoffmangel für Deutschland und die EU drohen, falls Deutschlands Handelspolitik weiterhin einseitig an die geopolitischen Interessen der USA gekoppelt bliebe. So warnte von Dohnanyi, dass sich Europa angesichts der divergierenden Interessenlage davor hüten sollte, sich an der „ebenso vergeblichen wie gefährlichen Politik der USA zu beteiligen“ in ihrem „Weltmachtkonflikt mit dem erstarkenden China“.<sup>17</sup>

Drittens zeigte die EU bisher auffallend wenig Interesse, das von ihr angeführte Uiguren-Argument, welche den einseitigen Startschuss der aktuellen Sanktions-Sackgasse initiierte, diplomatisch zu lösen.

<sup>14</sup> Bertelsmann-Stiftung, Global & European Dynamics: <https://globaleurope.eu/globalization/shutting-brics/>

<sup>15</sup> Foreign Policy Magazine: <https://foreignpolicy.com/2023/04/24/brics-currency-end-dollar-dominance-united-states-russia-china/>

<sup>16</sup> Rothfuß, Rainer: „Europa am Kippunkt - China und die Neuordnung globaler Geopolitik – Europas strategische Positionierung in Eurasien“, 2022, S. 112-122, Studie für die ID-Fraktion im Europäischen Parlament: [https://www.joachimkuhs.de/wp-content/uploads/2023/01/China-Geopolitik-Studie\\_Europa-am-Kippunkt-Rothfuss.pdf](https://www.joachimkuhs.de/wp-content/uploads/2023/01/China-Geopolitik-Studie_Europa-am-Kippunkt-Rothfuss.pdf)

<sup>17</sup> von Dohnanyi, Klaus: Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, 2022, München: Siedler, S. 46-54

Viertens wirkt die EU sehr entschlossen, einen Handelskonflikt mit China zu fördern, der nicht im wirtschaftlichen Sinne der EU ist. Der Mangel und die Abhängigkeit der EU-Wirtschaft vom Import, bspw. Seltener Erden, ist eine strategische wirtschaftliche Schwäche, den die AfD bereits durch ihren Antrag, Rohstofflager für Seltene Erden anzulegen, 2021 zu adressieren suchte (Drucksache 19/29214).<sup>18</sup> Der Bundestag lehnte diesen Vorschlag ab und nun wird unter für die EU nachteiliger Ausgangssituation ein Handelskrieg mit China – auch zu Seltenen Erden – begonnen. Ein solcher Handelskonflikt würde die USA bevorteilen, die so als wirtschaftlicher Konkurrent der EU Wettbewerbsvorteile erlangen könnten, da in den USA die Förderung Seltener Erden bereits vor Jahren wieder angekurbelt wurde.<sup>19</sup>

In Summe wird auf Basis der geopolitischen Interessen der USA die EU im gravitativen Umfeld und zum Vorteil Washingtons gegen China augenscheinlich instrumentalisiert – zum Nachteil der EU, ähnlich wie in Hinblick auf die Russland-Sanktionen. Dabei wird augenscheinlich eine kommunikative und wirtschaftliche Verschlechterung der Beziehungen zu China absichtlich geschaffen, was sich in Deutschland durch eine zunehmende Neigung der Bundesregierung, die deutsch-chinesischen Beziehungen diplomatisch und wirtschaftspolitisch zu verschlechtern, zeigt. Es kulminierte unlängst in den Aussagen von Außenministerin Baerbock bezüglich des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, diesen als „Diktator“ zu bezeichnen oder dem Chaos bei der Warenausfuhr im Hamburger Hafen nach China.<sup>20</sup> Der Zweck der neuen China-Strategie der Bundesregierung, kann daher auch als ein Lippenbekenntnis im Sinne des Minsker-Abkommens oder der offen vorgetragenen „One-China-Policy“ der USA verstanden werden, wobei bei beiden letztgenannten Fällen faktisch andere Handlungen den öffentlichen Bekundungen diametral gegenüberstehen, bzw. -standen.

Zudem schaffen die Änderungen des Außenwirtschaftsgesetz eine investitionsfeindliche Atmosphäre. Die neugeschaffenen, intransparenten und verwobenen Zustimmungsprozesse schrecken wegen mangelnder Planungssicherheit Investitionen aus China ab. Wenngleich das Gesetz keine explizite Ausrichtung gegen China oder Russland nennt, liegt dies durch Inhalt und den Bezug der AWG-Novelle auf die EU-Screening-Verordnung nahe. Auch hier ist der Verdacht einer externen Einflussnahme auf EU und die Bundesregierung als möglich zu erachten, wodurch zuvor genannter Investitions-Effekt der Änderungen im AWG auch als eigentlicher Zweck angesehen werden könnte, gerade wenn die später folgende Blockade der CAI-Ratifizierung in ähnlichem Licht gesehen wird. Dieser Verdacht erhöht sich durch den neuesten Vorstoß von Wirtschaftsminister Habeck, eine Umkehr der Beweislast bei Investitionen aus dem Ausland einzuführen und die Regeln auf (noch) mehr Unternehmen auszuweiten, was in der China-Strategie der Bundesregierung angekündigt wurde.<sup>21</sup> In jedem Falle attestiert auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, dass ein zeitlicher Zusammenhang zwischen den Änderungen des Außenwirtschaftsrechts und dem Rückgang chinesischer Investitionen in deutsche Unternehmen wahrnehmbar sei.<sup>22</sup>

Dem gegenüber sind die Vorteile von CAI für die deutsche Exportwirtschaft klar zu erkennen und wurden wiederholt von EU und deutschen Verbänden bis 2020 unterstrichen: Erstens würde der bestehende Joint-Venture-Zwang für EU-Unternehmen mit chinesischen in China aufgelöst werden. Zweitens verpflichtet sich China zu mehr Transparenz und Fairness in Zulassungsverfahren und gewährt Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen. Drittens würde der erzwungene Technologietransfer deutscher Unternehmen von China nicht mehr gefordert werden. Viertens würden chinesische Staatsunternehmen durch ein transparenteres Subventionsregime gefördert werden und sich marktkonformer verhalten. Ebenso soll europäischen Unternehmen der Zugang zu den chinesischen Normierungsgremien gewährt werden.<sup>23,24</sup> In Hinblick auf die Größe des chinesischen Marktes könnte CAI der exportorientierten deutschen Wirtschaft somit deutlich verbesserte Rahmenbedingungen für Absatz und Zugang bringen, während gleichzeitig der bisher damit einhergehende Verlust von Technologievorteilen reduziert würde.

Entsprechend könnten diese Vorzüge sowie die damit einhergehende Verstärkung des Handels mit China die aktuellen wirtschaftlichen Probleme Deutschlands mildern. Insbesondere die sinkende Binnennachfrage durch die über

<sup>18</sup> DIP – Deutscher Bundestag: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/292/1929214.pdf>

<sup>19</sup> German-Foreign-Policy.com: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9406>

<sup>20</sup> Markt und Mittelstand: <https://www.marktundmittelstand.de/finanzierung/der-bizarre-warenstau-am-hamburger-hafen>

<sup>21</sup> Table China: <https://table.media/china/analyse/bmwk-plant-umkehr-der-beweislast-bei-investitionen-aus-dem-ausland/>

<sup>22</sup> Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: Investitionen aus China in deutsche Unternehmen, WD 5 - 3000 - 107/22, 08.09.2022, <https://www.bundestag.de/resource/blob/914984/afb6d4d4fba98e81741748e3d262514a/WD-5-107-22-pdf-data.pdf>

<sup>23</sup> ICC Germany – Internationale Handelskammer, Deutschland: <https://www.iccgermany.de/magazin-post/eu-china-comprehensive-agreement-on-investment/>

<sup>24</sup> BDI – Bundesverband Deutscher Industrie e.V.: <https://bdi.eu/publikation/news/eu-china-comprehensive-agreement-on-investment>

einen exogenen Preisschock (Rohstoffe) induzierte Inflation, welche somit nicht leicht durch Lohnsteigerungen der deutschen Wirtschaft kompensiert werden kann, könnte durch eine erhöhte Außennachfrage wirtschaftlich abgefedert werden.<sup>25</sup>

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

---

<sup>25</sup> Deutsche Bank: <https://www.deutsche-bank.de/pk/sparen-und-anlegen/finanzmarktexpertise/perspektiven-im-fokus/deutschland-schwache-Konjunktur-starker-dax.html>